

WUZ



WALDDÖRFER UMWELTZEITUNG

NATUR • KULTUR •
GESUNDHEIT UND SOZIALES
FÜR HAMBURGS NORDOSTEN



Seit bekannt wurde, dass auch im Nordosten Hamburgs Asylsuchende untergebracht werden, engagieren sich viele Bürger in der Flüchtlingshilfe
Seite 6



Der BUND schlägt Alarm: Jedes Jahr verliert Hamburg rund 6.000 Bäume - und fordert, den Baumverlust in zwei Jahren auf null zu bringen
Seite 7

Nr. 98 • Nov. 2015

www.wuzonline.de

600 Wohnungen in der Hummelsbüttler Feldmark Neues Naturschutzgebiet als Ausgleich

Klimatalk vor Paris

Kurz vor Beginn der großen Klimakonferenz in Paris moderiert Frank Böttcher vom Institut für Wetter- und Klimakommunikation einen Klimatalk mit Prof. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, dem Senator der Behörde für Umwelt und Energie Jens Kerstan sowie Prof. Mojib Latif vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel.

Diskutiert werden die Aussichten für das Zustandekommen eines weltweiten Klimavertrages und dessen Bedeutung für den weltweiten Kampf zur Eindämmung des Klimawandels und für den Klimaschutz in Deutschland. Am Donnerstag, 26. November, 18.30 bis 20.30 Uhr auf Gut Karlshöhe in Zusammenarbeit mit dem Zukunftsrat Hamburg, in Bramfeld, Karlshöhe 60d. (WUZ)



Foto: Ilka Duge

Pressekonferenz zum Flüchtlingswohnungsbau im Rathaus: Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Matthias Kock (Staatsrat BSW und Wohnungsbaukoordinator) wollen im Alstertal Flüchtlinge auf der grünen Wiese unterbringen

Am 6. Oktober hat der Senat ein Konzept zum Bau von

dauerhaften Flüchtlingswohnungen beschlossen. Gut einen Monat zuvor waren die Bezirke aufgefordert worden, Flächen mit einer Größe von acht Hektar zu benennen, auf denen der Bau von bis zu 800 Wohneinheiten

(WE) möglich ist. Die neuen dauerhaften Quartiere – quasi neue Stadtteile mit bis zu 4.000 Bewohnern (zum Vergleich Ohlstedt hat etwa 4.400 Einwohner) - sollen bis Weihnachten 2016 fertig sein.

Fortsetzung auf Seite 4

Gut vorsorgen, selbst versorgen.



BACKHAUS
SOLARTECHNIK

SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT

BERGSTEDTER MARKT 1 • 22395 HAMBURG • FON 040 604412-91 • FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

VOLKSMARKT 1981 - 2015

SAMMELN • TRÖDELN • SCHÖNE KÜNSTE

Familienflohmarkt der Walddörfer, Marktplatz Volksdorf: 9 bis 16 Uhr
in Verbindung mit dem Kultur- und Sozialtreffpunkt/ Kindermeile

6. Dezember

Installation in Buch und Bild zum Thema Kunst mit großem
Bücherbasar am 15. November 10-18 Uhr:
Walddörfer Sportforum, Halenreie 34

Le Bouquiniste, Tel.: 603 41 13 • Fax: 609 11 765

von Siegfried Stockhecke, Agenda 21-Büro Volksdorf, 22345 Hamburg, Postfach 670502

Neue Erkenntnisse über ein brisantes Thema

Wenn, wie Astrid Lindgren schreibt (1945), die „Menschheit den Verstand verloren hat“, so sind es doch immer wieder die Kinder, die verständige Eltern und gesellschaftliche Strukturen brauchen, die ihre Menschenwürde sichern und ihnen ein Leben ohne Krieg, Hunger, Armut und Ausbeutung und mit Bildung ermöglichen. Die Veröffentlichung der ergreifenden Studie „Kinderarbeit – Ein Tabu“ zeigt, dass die vollständige Ablehnung von Kinderarbeit mehr Teil des weltweiten Problems als einer Lösung ist, so richtig sie auch auf den ersten Blick zu sein scheint. Die Berichterstattung in den Medien konzentriert sich zu sehr auf Kinderarbeit für internationale Konzerne und deren Zulieferer, dabei sind die meisten arbeitenden Kinder für die eigene Familien

lie tätig. Und, wie der Autor auf einer Versammlung der arbeitenden Kinder von Nicaragua überraschend erfuhrt: „Diese Kinder wollten keine Verbote, im Gegenteil. Sie waren stolz auf das, was sie tun. Sie wollten durch die Arbeit ihre Familien unterstützen, ...nicht zu lange oder zu schwer arbeiten, damit sie die Schule besuchen können. Diese Kinder forderten das Recht, unter würdigen Bedingungen zu arbeiten.“

Der Autor hat auf vielen Reisen mit Eltern, Lehrern, Psychologen, Soziologinnen und Vertretern von internationalen Institutionen gesprochen – vor allem aber auch mit den Kindern selbst. Nach einer Darstellung anhand zahlreicher Beispiele, wie arbeitende Kinder zwischen Scham und Selbstbestätigung und um Würde kämpfen, untersucht er eingehend das generelle Verbot von Kinderarbeit und seine Folgen. Es wird deutlich, dass Kinderarbeit in der ganzen Welt stattfindet, auch in den hoch entwickelten industrialisierten Ländern des Nordens, letztlich Teil aller Gesellschaften ist.

In einer kurzen Geschichte der Kinderarbeit wird der unendliche Leidensweg der Kinder als Bestandteil jeder ökonomischen Entwicklung der Gesellschaften von den ersten Anfängen in der Antike bis heute dargestellt. So schritt beispielsweise Wilhelm III. erst 1828 ein, weil ihm die jungen Männer infolge jahrelanger Fabrikarbeit zu schwach und verkrüppelt für das Militär waren. Das benötigte Kanonenfutter musste durch staatliche Sanktionen geschützt werden! Geschichte wird hier so spannend und Augen öffnend dargestellt, dass man sie nicht mehr aus dem Kopf bekommt.

Heutzutage stehen Familien



Georg Wimmer:
Kinderarbeit -
ein Tabu - Mythen,
Fakten, Perspektiven,
Mandelbaum Verlag
Wien,
310 Seiten, 19,90 Euro

im globalen Wettbewerb um Arbeitsplätze. Und dabei gibt es vier Ursachen für Kinderarbeit: Wo Armut herrscht, arbeiten Kinder häufiger und haben schlechtere Schulbedingungen bzw. gehen seltener überhaupt zur Schule; die Abwesenheit der Väter; eine Erkrankung der Mutter oder der frühe Tod der Mutter bzw. beider Elternteile sowie eine Kultur, in der Kinderarbeit als „normal“ angesehen wird und entsprechend weit verbreitet ist. (siehe auch www.Kindernothilfe.at/Kinderarbeit). Die Studie wird abgeschlossen mit einer Abwägung von Schaden und Nutzen von Kinderarbeit und einem Bericht über gewerkschaftsähnliche soziale Bewegungen zu Kinderarbeit in lateinamerikanischen Ländern.

Georg Wimmer gelingt es mit seiner von eigenen Erlebnissen unterstützten vielschichtigen Analyse die Einsicht zu vermitteln, dass die Kinder der Welt – mit und ohne Kinderarbeit – unser aller Kinder in Gegenwart und Zukunft sind und unserer Anteilnahme und unseres Interesses bedürfen. Den arbeiten-

den Kindern sollten wir auch zeigen, dass wir sie schätzen, dass wir sie sogar bewundern dafür, dass sie durch ihre Arbeit nicht nur tagtäglich Stärke und Erfolg unter oftmals harten und unmenschlichen Lebensbedingungen demonstrieren, sondern ebenso ihren Willen und ihre Liebe zum Leben, heißt es verkürzt dargestellt zum Abschluss. Respekt für den Mut des Autors und auch für den Verlag, dieses heiße Eisen angefasst zu haben und es uns so aufschlussreich zugänglich zu machen.

IMPRESSUM

Walldorfer Umweltzeitung®

Redaktion und Anzeigen
Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

Layout und Grafik
Monika Thiel (mt)

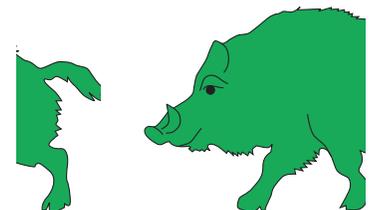
Verlag
m. MEDIENPRODUKTION GmbH
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

Druck
A. Beig Druckerei und Verlag
GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

www.wuzonline.de

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de



Die nächste **wuz**
erscheint am 3. Dez. 2015

■ Der Wentzelplatz soll schöner werden

Elfstöckiges Hochhaus am Bahnhof geplant

Die Gebäude des ehemaligen Ortsamtes Alstertal und der früheren Polizeiwache am Wentzelplatz in Poppenbüttel sollen durch Neubauten ersetzt werden. Beide Gebäude befinden sich nicht mehr im Besitz der Stadt. Der Mietvertrag für das ehemalige Polizeigebäude läuft nächstes Jahr aus, der des ehemaligen Ortsamtes 2021. Das Bezirksamt und der Investor Otto Wulff wollen die Chance ergreifen und das Terrain neu überplanen.

Der Investor ist mit dem Vorschlag einer Neustrukturierung an das Bezirksamt herangetreten. Es soll die Chance genutzt werden, an zentraler Stelle ein Quartier zu entwickeln, das neben Wohnungen und Dienstleistungsflächen auch ein modernes Dienstleistungszentrum der Verwaltung beherbergt. Darüber hinaus würde mit den Planungen eine attraktive Neugestaltung des öffentlichen Raumes möglich.

Die bisherigen Überlegungen sehen vor, dass im ersten Bauabschnitt, der die nördliche Teilfläche des Areals betrifft, ein Neubau mit Wohnungen und Gewerbefläche realisiert wird. Anstelle des ehemaligen Polizeigebäudes ist hier ein bis zu siebenstöckiger Gebäudekomplex mit ca. 80 bis 90 Wohnungen geplant, wovon ein angemessener Anteil als geförderter Wohnraum entwickelt wird. Im Erdgeschoss könnten Dienstleistungen, Praxen, Ladenflächen und Gastronomie untergebracht werden. In einem zweiten Bauabschnitt soll ein bis zu elfstöckiges Gebäude auf dem jetzigen Parkplatz des ehemaligen Ortsamtes errichtet werden. Die Planer sprechen hier von einem architektonischen Hochpunkt mit einem neuen hinter dem Gebäude liegenden Quartiersplatz. Das Hochhaus soll die „neue Heimat“ für ein Dienstleistungszentrum mit „Kundenzent-



Foto: Ilka Duge

Umstrittene Planung im Modell mit Hochpunkt in der Mitte und dem dahinter liegenden Busbahnhof mit Brücke zur S-Bahn. Rechts oben im Modell das „kleine“ Polizeigebäude

rum“ des Bezirksamtes werden. Daneben sind weitere Büro und Praxisflächen in den oberen Geschossen vorgesehen.

Im dritten und letzten Bauabschnitt ist ein vier- bis fünfgeschossiger Neubau mit ca. 35 bis 40 Wohnungen anstelle des alten Ortsamtes geplant. Unter dem gesamten Areal ist eine Tiefgarage zur Unterbringung von rund 120 PKWs vorgesehen. Zurzeit gibt es vor dem Ortsamt etwa 50 und hinter beiden Gebäuden etwa 75 Parkplätze.

Zur kurzfristigen Vorstellung der Pläne waren ins Gymnasium Oberalster nicht so viele Interessierte gekommen, wie sonst üblich. Fast alle waren sich aber einig in der Ablehnung des Hochhauses. „Nur weil an anderer Stelle am Heegbarg schon Hochhäuser stehen, müssen hier nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden“, so der Tenor. „Der Wentzelplatz liegt an der höchsten Stelle im Gelände, das Hochhaus wird so optisch

noch höher. Mit einem Hochhaus gibt es eine Straßenschlucht mit viel Wind und Verschattung des Umfeldes. Warum muss das Hochhaus mitten auf dem alten Wentzelplatz stehen. Wenn ein neuer attraktiver Quartiersplatz entstehen soll, kann nicht ein Gebäude mitten darauf stehen, denn der Busbahnhof gehört mit zur Platzsituation“, waren nur einige der Gegenargumente.

Doch es gab nicht nur Ablehnung sondern auch konstruktive Kritik. Etwa wegen der zusätzlichen Verkehrsbelastung, die der Heegbarg kaum noch verkraften könne. Auch die Anzahl der Parkplätze schien vielen

nicht ausreichend, so dass evtl. eine zweistöckige Tiefgarage in Betracht gezogen werden sollte. In der Planung müssten auch unbedingt Angebote für Kinder berücksichtigt werden, die es bisher in der „Alten Wache“ gab. Auch die Jugendlichen sollten einen Platz bekommen, wo sie sich treffen können.

Weil die Vorstellung der Pläne sehr kurzfristig und auch nicht öffentlich ausgeschildert war, soll eine zweite Veranstaltung mit schon konkreteren Plänen folgen. Danach ist die offizielle öffentliche Plandiskussion vorgesehen. (du)



**Baumpflege
und Fällungen.**

040 - 601 06 80 www.biotop-hamburg.de

Fortsetzung von Seite 1
600 Wohnungen in der Hummelsbüttler Feldmark
Neues Naturschutzgebiet als Ausgleich

Mitte September hatten SPD und GRÜNE in der Bezirksversammlung ihre Vorschläge für die 800 WE in Wandsbek mit einem Antrag vorgelegt. Danach werden im Alstertal 730 WE realisiert. Alle auf Grünflächen im Landschaftsschutzgebiet: in der Hummelsbüttler Feldmark 300 WE auf etwa fünf Hektar nördlich vom Wakendorfer Weg/Wildes Moor und 300 WE auf fünf Hektar am Rehagen sowie zusätzlich zu den bisher geplanten 170 WE weitere 130 WE am Poppenbüttler Berg/Ohlendieck. Ursprünglich war geplant, alle 800 WE am Rehagen zu bauen. SPD Politiker aus den Walddörfern und dem Alstertal u.a. Tim Stoberock, SPD-Bürgerschafts-abgeordneter aus Hummelsbüttel, haben jedoch erreicht, dass die Fläche geteilt wurde und u.a. ein Grundstück am äußersten Zipfel des Bezirks Wandsbek ausgewählt wurde, damit neben der Tegelsberg-Siedlung nicht noch eine Großsiedlung entsteht (am Tegelsberg leben rund 4.500 Menschen).

Am Wilden Moor wo Fuchs und Hase sich gute Nacht sagen, wohnen dagegen kaum Menschen. Das Areal liegt am Rande der Stadt, hier will sonst auch keiner wohnen. Denn es gibt weder öffentliche Verkehrsmittel noch eine Infrastruktur, eine Fahrt in die Stadt dauert fast eine Stunde. Die neuen Bewohner werden sich gezwungenermaßen nicht nach Wandsbek orientieren, sondern nach Norderstedt oder Langenhorn. Warum sollte Wandsbek dann hier eine Infrastruktur schaffen, auf die anderen abgelegene Stadtteile schon seit Jahrzehnten warten? Eine stadtplanerische Fehlplanung, die in normalen Zeiten nie genehmigt worden wäre. Und direkt daneben liegt auch noch die Hummelsbüttler Mülldeponie, die bis 1984 in Betrieb war und die jetzt erweitert werden soll. „Das ist nicht die Art sozialer



Graphik: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)

Die Fläche an der „Glashütter Landstraße“ liegt eigentlich zwischen der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein und der Straße „Wildes Moor“

Wohnungsbau den wir in Hamburg brauchen. Sozialer Wohnungsbau muss dort stattfinden wo es die städtische Struktur unterstützt“, heißt aus aus Stadtplanungskreisen. Von Schnellschuss ist die Rede oder von neuer Ghettoisierung und von Stadtplanung, die seit vielen Jahren verpennt wurde, was sich jetzt rächt. „Bis gute und durchdachte Konzepte stehen, sollte man weiter auf temporäre Siedlungen setzen und nicht im Schnellverfahren Fehler machen, die die Altlasten von morgen sein werden.“

Für die geplante Vergrößerung der Deponie Hummelsbüttel soll das momentan als Wiese und Koppel verwendete Flurstück 11 (Schmidt'sche Koppel) zwischen Deponie und Glashütter Landstraße genutzt werden. Das neue Material - 300.000 Kubikmeter Boden und Bauschutt aus dem Großraum Hamburg - soll auf diesem Grundstück mit einer Größe von ca. 1,9 ha und an der bisherigen Deponiewestböschung abgelagert werden.

Die Firma Containerdienst Eggers & Sohn GmbH hat für das Vorhaben bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Abteilung Abfallwirtschaft, einen Antrag auf Planfeststellung eingereicht, der seit 2013 geprüft wird, weil u.a. während der Einwendungsfrist 9.543 Stellungnahmen bei der Behörde eingingen.

Alle neuen Wohnungen sollen im Standard des öffentlichen Wohnungsbaus durch private Investoren gebaut werden. Die Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg) fördert die Wohnungen im 1. Förderweg zunächst mit sieben Millionen Euro im Jahr 2016 und mit 64 Millionen Euro 2017. Hinzu kommen die Kosten für die Nettokaltmiete, die durch das soziale Dienstleistungsunternehmen der Stadt Hamburg „fördern&wohnen“, das bisher die meisten Flüchtlingsunterkünfte betreut, getragen wird. Die Wohnungen werden zunächst als Flüchtlingsunterkünfte genutzt und

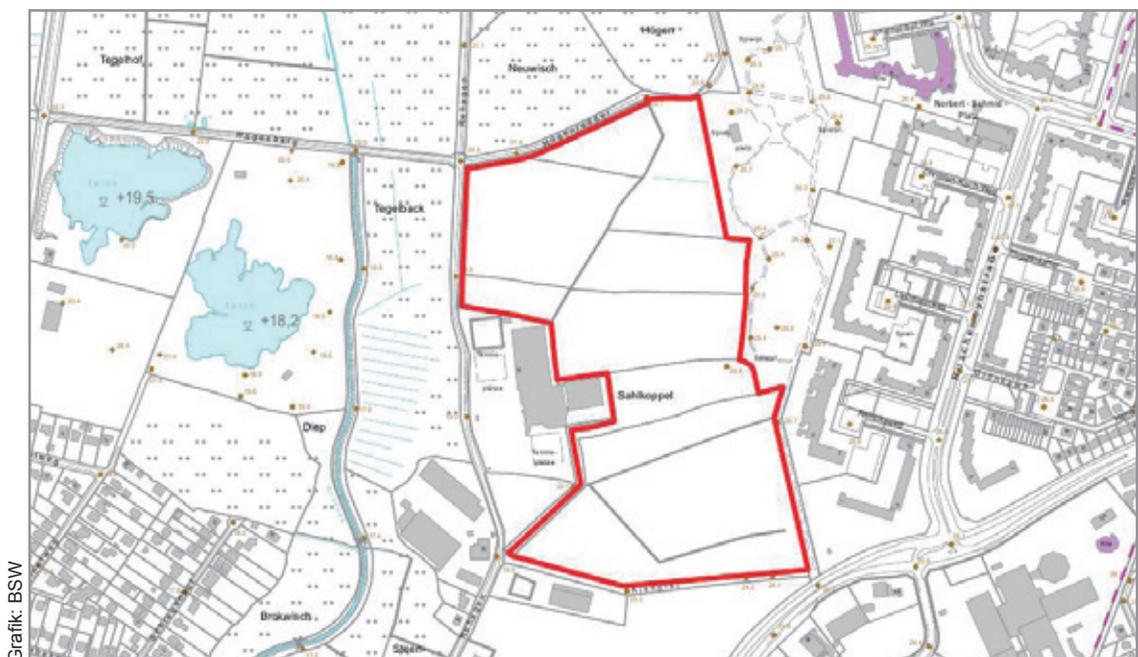
mit deutlich mehr Personen belegt als in regulären Wohnungen üblich. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) rechnet mit mindestens fünf Personen pro Wohnung. Das sind bei 300 WE 1.500 Menschen. „fördern&wohnen“ soll mit dem Eigentümer einen Pacht- oder Generalmietvertrag für einen Zeitraum von 15 Jahren abschließen. Danach stehen die Wohnungen dem Hamburger Wohnungsmarkt zur Verfügung. Die Bewohnerzahl wird sich dann etwa halbieren.

Da alle geplanten neuen Wohngebiete in Landschaftsschutzgebieten liegen, will die Behörde zügig Planrecht schaffen. Zunächst werden die Unterkünfte jedoch nach den neuen planungsrechtlichen Erleichterungen im Baugesetzbuch, dem Flüchtlingsunterbringungs-Maßnahmegesetz genehmigt, die der Bundestag vor einem Jahr und jetzt nochmals mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (beide befristet bis 2019)

Fortsetzung von Seite 1 und 4
600 Wohnungen in der Hummelsbüttler Feldmark
Neues Naturschutzgebiet als Ausgleich

beschlossen hat.

Bei der Pressekonferenz im Rathaus bestätigte Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt, dass es zunächst keine Bürgerbeteiligung geben werde, denn die Aufstellung eines B-Planes dauert etwa eineinhalb bis zwei Jahre: „Ich hoffe auf das Verständnis der Hamburger, denn es geht darum jetzt schnell zu sein.“ Wer sich in seinen Rechten verletzt fühle, dem stehe der Rechtsweg offen, ergänzte Staatsrat Matthias Kock. Die reguläre Bürgerbeteiligung soll stattfinden, wenn die Bebauungspläne aufgestellt sind, dann stehen die Häuser wahrscheinlich längst, denn mit dem Bau soll spätestens zum Jahreswechsel begonnen werden. „Wir wollen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive eine gute Unterbringung und schnelle Integration ermöglichen“, so Stapelfeldt. Die Wohnungen seien vor allem für Flüchtlinge mit besten Integrationsfortschritten vorgesehen. Mit der Umweltbehörde (BUE) ist vereinbart, die Flächen aus dem Landschaftsschutz zu entlassen. Gleichzeitig soll es drei neue Naturschutzgebiete in Altermöhe, Harburg (Neuland) und



Grafik: BSW

Auf der Fläche östlich der Straße „Rehagen“ und in direkter Nachbarschaft zum Bauspielplatz Tegelsberg sollen dauerhafte Wohnungen für 1.500 Flüchtlinge entstehen

Volksdorf geben. (siehe auch Seite 11)
 „Die Nutzung der Landschaftsschutzgebiete für das Wohnungsbauprogramm ist insbesondere für uns Grüne sehr schmerzhaft, aber anders sind die größeren Wohnquartiere nicht realisierbar“, sagt Christiane Blömeke (GRÜNE). „Insgesamt werden am Ende die neuen Naturschutz-

gebiete ein Vielfaches der Fläche haben, wie die zukünftig bebauten Flächen. Daher halten wir Grüne und auch ich die Nutzung der Landschaftsschutzgebiete für den Wohnungsbau vertretbar. Die Herausforderung für die Zukunft wird sein, die neuen Quartiere mit einer heterogenen Mischung von Menschen und sozialen Situationen zu gestalten, um nicht die Fehler der 1970er Jahre zu wiederholen.“ Andreas Dressel (SPD) ergänzt: „Es wird

zahlreiche Maßnahmen für eine ordentliche soziale Infrastruktur geben, damit eine vernünftige Integration gelingen kann. Parallel zur Realisierung soll normales Planrecht geschaffen werden, was - sobald es vorliegt - auch Belegungsmischung erlaubt und Ballungen vermeidet. Sobald die Pläne konkreter sind, wird der Bezirk sie auch vor Ort vorstellen, damit die Bürger umfassend informiert werden.“ (du)

Die WUZ meint:

Dass in der Hummelsbüttler Feldmark im Landschaftsschutzgebiet 600 dauerhafte Flüchtlingswohnungen für 3.000 Menschen gebaut werden sollen, wissen viele Bürger nur aus den Medien. Es gab keine Informationsveranstaltung oder Flyer wie sonst bei Bebauungsplanungen oder bei temporären Flüchtlingsunterkünften üblich. Demnach sind viele Menschen verunsichert. Gerade in den Walddörfern und im Alstertal haben sich viele Bürger für die Freihaltung der noch verbliebenen Grünflächen immer wieder eingesetzt und sich – wie die Naturschutzverbände – auch für die Realisierung des Biotopverbundes stark gemacht. Nun wird unwiederbringlich erneut eine Lücke im Grüngürtel geschlossen. Ausgleich wird zwar geschaffen, aber ganz woanders. Wenn Bürger diese Basta-Politik verstehen sollen, müssen sie umfassend informiert werden und zwar bald. Und wenn sie erst mitreden dürfen, wenn die Häuser längst stehen, sollte Politik ihnen jetzt sehr ausführlich erklären, warum sie was wo tut.

Ilka Duge



KANZLEI FRAHMREDDER 20

Dr. Günther Engler
Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld
 Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
 Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Mediator
Marlies Horn
 Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin
Thomas Röder

Telefon 0 40 - 6 000 000 • Telefax 0 40 - 6 000 00 66
www.anwaelte-alstertal.de

RECHTSANWÄLTE – FACHANWÄLTE – MEDIATOREN
KOMPETENZ UND ERFAHRUNG

■ Flüchtlingsinitiativen – tatkräftige Hilfe vor Ort „Hut ab für ihr Engagement“

Immmer mehr Menschen engagieren sich ehrenamtlich für Flüchtlinge in Hamburg. Denn der Abbau von Ängsten und Vorurteilen gegenüber einzelnen Personengruppen funktioniert am besten über das persönliche Kennenlernen. Auch im Norden des Bezirks Wandsbeks haben sich schnell Bürger zusammengefunden, als bekannt wurde, dass hier Unterkünfte für Flüchtlinge entstehen sollen.

Die meisten Initiativen haben jedoch noch gar keinen Kontakt zu Flüchtlingen. Denn die neuen Unterkünfte sind noch in der Planung oder erst im Bau. Die Initiative „Lemsahl-hilft“ gründete sich gleich als die Behörden den neuen Standort bekannt gab und war damit am schnellsten. „Hut ab – Chapeau!“ kommentierte das der stellvertretende Bezirksamtsleiter Frank Schwipfert, als er die neue Unterkunft am Fiersberg vorstellte (geplante Zentrale Erstaufnahme am Fiersberg in Lemsahl-Mellingstedt: www.Lemsahl-hilft.de). In Bergstedt gründete sich die Initiative – Freundeskreis Asyl und Wohnen am Volksdorfer Grenzweg bereits vor zwei Jahren, doch die ersten Bewohner werden wohl erst in diesem Winter in das neue Pavillondorf am Volksdorfer Grenzweg einziehen. Inzwischen ist eine weitere Unterkunft in Bergstedt an der Rodenbeker Straße geplant, die der Freun-



Fotos: Ilka Duge

Eine Anerkennung für ihre Arbeit erhielten die Ohlstedter und die Bergstedter Initiativen (Mouna Duve, Ohlstedt, Stefan Papke, Bergstedt) von Anja Quast (Regionalausschuss Walddörfer, re.)

deskreis ebenfalls betreuen wird (www.Freundeskreis-Bergstedt.de).

In Poppenbüttel wurden Anfang Juli die Pläne für eine Unterkunft in Modulbauweise für rund 500 Flüchtlinge am Poppenbüttler Berg/Ohlendieck vorgestellt. Später ist für diesen Standort eine Wohnbebauung mit 170 Wohneinheiten vorgesehen. Doch diese Planung wurde in diesem Monat wieder über den Haufen geworfen. Jetzt sollen hier zusätzlich weitere 130 WE entstehen. Auch hier hatten sich

bereits vor der ersten Informationsveranstaltung Poppenbüttler zusammengefunden, die an die Hilfsbereitschaft aus den 1990er Jahren anknüpfen wollen, als Bosnische Familien an der Harksheider Straße wohnten (www.Poppenbuettel-hilft.de). Ganz anders verlief die Hilfsbereitschaft in Ohlstedt. Die Ohlstedter wurden praktisch vom Aufbau der Zelte auf dem Ohlstedter Platz überrascht. Nur einen Tag vorher gab es einen Flyer, die Informationsveranstaltung erst eine Woche später. Das hat die Ohlstedter nicht davon abgehalten, sich sofort um die Flüchtlinge zu kümmern. Sogar eine Kleiderkammer wurde blitzschnell organisiert. (www.Ohlstedt-hilft.de).

Weitere Initiativen gibt es u.a. an der August-Krogmann-Straße, an der Stargarder Straße (Jugendliche, noch im Bau, www.Rahlstedt-hilft.de), am Petunienweg (Jugendliche), am Bargkoppelstieg (www.Meiendorf-hilft.de). Außerdem gibt es den

Freundeskreis für Asylbewerber in Volksdorf, der bereits seit der Flüchtlingswelle der 1990er Jahre die Bewohner im Pavillondorf am Waldweg betreut. Mehr Infos dazu unter: www.hamburg.de/hh-hilft/4384088/hamburg-hilft. Nach der jüngsten repräsentativen Bevölkerungsumfrage begrüßen es 94 Prozent der Hamburger, wenn in ihrem Stadtteil Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben. Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch, dass sich 55 Prozent der Deutschen noch mehr Kontakt zu Zuwanderern wünschen. Zu den Angeboten der Freiwilligen zählen unter anderem: Hausaufgaben- oder Nachhilfe, Spiel-, Sport- oder Kreativangebote, Theater- und Musikprojekte, Stadteilsparzergänge und Ausflüge, Sprachkurse, Patenschaften, Frauengruppen, Mutter-Kind-Gruppen, Begleitung zu Ämtern und Kleiderkammern. Die überwiegende Zahl der Freiwilligen engagiert sich regelmäßig einmal wöchentlich für ca. zwei Stunden oder sogar mehr. Alle Unterkünfte unter: www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung-standorte. (du)



Willkommenskultur in Bergstedt: diese Taschen sollen mit allem gefüllt werden, was die Flüchtlinge zunächst gut gebrauchen können

**Ihr Fahrradspezialist
In Hamburg-Volksdorf
Mehr als 60 Jahre**

Erfahrung

Ehrig

Tel. 040/4034501 www.Ehrig24.de

Claus-Ferck-Straße 39, 22359 Hamburg



■ Hamburg verliert jährlich 6.000 Bäume Bezirke sind hoffnungslos überlastet

Zum Beginn der „Fällsaison 2015/2016“ weist der BUND Hamburg darauf hin, dass der Baumschwund weiter ungebremst anhält und allein an Hamburgs Straßen in den letzten zehn Jahren fast 20.000 Bäume verschwunden sind. Nach Auswertungen verschiedener parlamentarischer Anfragen ergibt sich insgesamt ein Nettoverlust trotz Nachpflanzungen von jährlich insgesamt rund 6.000 Bäumen in der Hansestadt (Straßenbäume, Bäume in öffentlichen Parkanlagen und Bäume auf Privatflächen).

Die Auswertung aktueller parlamentarischer Anfragen der LINKEN zu diesem Thema (Drucksachen 21/1323 und 21/1653) zeigt zudem, dass die für den Baumschutz vorrangig zuständigen Bezirke hoffnungslos überlastet sind. Eine Vorort-Kontrolle, ob festgesetzte Nachpflanzungen tatsächlich umgesetzt werden, gibt es faktisch nicht mehr. Bezirke wie Wandsbek sind nicht einmal in der Lage, eine aussagekräftige Statistik abzuliefern. Und obwohl bei Bekanntgabe der aktuellen Baumfällarbeiten im Umweltausschuss am 13. Oktober die Listen zeitgleich im Internet veröffentlicht werden sollten, ist dort bisher nichts zu finden: www.hamburg.de/wandsbek/baumfaelllisten.

„Hamburg verliert schleichend seine grüne Substanz. Die enorme Bautätigkeit der letzten Jahre verstärkt das Problem und wirkliche Abhilfe ist nicht in Sicht. Der Senat und die Bezirksamtsleitungen blenden diese Entwicklung aus“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. Der BUND fordert den rot-grünen Senat auf, die im Koalitionsvertrag angekündigten „Bemühungen zur Behebung des Nachpflanzdefizits“ jetzt schnell zu konkretisieren und verbind-



Foto: Ilka Duge

Diese Bäume am Trillup wurden im letzten Jahr gefällt. Sie tauchen in keiner Liste auf

liche Maßnahmen zu benennen, wie er den dramatischen Verlust von Straßenbäumen in der Stadt stoppen will. „Unsere klare Forderung: der Baumverlust muss innerhalb von zwei Jahren auf Null gebracht werden“, so Braasch.

Die Baumfällsaison erstreckt sich jedes Jahr vom 1. Oktober bis zum 28. Februar. In diesem Herbst/Winter werden in Farmsen-Berne vier Straßenbäume gefällt, in Bramfeld 16, in Wellingsbüttel fünf, in Sasel drei, in Poppenbüttel neun, in Hummelsbüttel drei, in Lemsahl-Mellingstedt sieben, in Duvenstedt acht, in Wohldorf-Ohlstedt fünf, in Bergstedt zwei, in Volksdorf 24 und in Meiendorf fünf. Dazu

kommen in Parkanlagen im Alstertal 69, in den Walddörfern 62, in Farmsen-Berne, Bramfeld und

Steilshoop 114 und in Rahlstedt-Meiendorf 32.

Für Nachpflanzungen vorgesehen sind in Bergstedt neun Bäume, in Bramfeld 30, in Duvenstedt zwei, in Farmsen-Berne 15, in Hummelsbüttel elf, in Lemsahl-Mellingstedt drei, in Poppenbüttel acht, in Sasel 16, in Volksdorf 16, in Wellingsbüttel acht und in Rahlstedt-Meiendorf 35. Die Fäll- und Ersatzpflanzlisten sind auch auf der WUZ-Homepage zu finden.

Während die Stadt die Bäume legal fällen kann, wird zur Fällung von Bäumen auf Privatgelände eine Ausnahmegenehmigung von der Hamburger Baumschutzverordnung benötigt, die das zuständige Bezirksamt ausstellt. „Wenn jemand eine unrechtmäßige Fällung vermutet, so bieten wir Unterstützung an“, sagt Katharina Schmidt, Referentin für StadtNatur beim NABU Hamburg. Wenn Eile geboten ist und Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Einsatzes bestehen, kann man die Polizei rufen - ob sie kommt, liegt jedoch in ihrem Ermessen. Wenn der Fällgrund nachzuvollziehen und die Fällung unumgänglich ist, sollte man sich dafür einsetzen, dass Ersatz gepflanzt wird und der Baumstumpf als stehendes Totholz erhalten wird. (du)

“Zur Kastanie”
Duvenstedt



Specksaalredder 14
22397 HH-Duvenstedt
Reservierung ab sofort pers. oder unter Tel.: (0 40) 607 25 25
www.restaurant-zur-kastanie.de
info@restaurant-zur-kastanie.de

Ab 1. 11. Gänsebraten „satt“
ab 4 Personen auf Vorbestellung - auch Mittags
28,90 € pro Person

Gänsebraten auf Vorbestellung am 24.12.
zum Abholen für ca. 5 Personen 98,00 €

Bitte denken Sie an Ihre **Reservierung für den 1. und 2. Weihnachtstag**

■ UN-Konferenz in Paris

Verbindliche Klimaschutzvereinbarung dringend notwendig

Der UN-Klimakonferenz vom 30. November bis 11. Dezember in Paris wird eine zentrale Bedeutung zugemessen, da in Paris eine neue internationale Klimaschutzvereinbarung in Nachfolge des Kyoto-Protokolls verabschiedet werden soll. Doch Experten und Wissenschaftler sehen dieses Ziel gefährdet.

Eine neue internationale Klimaschutzvereinbarung ist dringend notwendig, um die Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau beschränken zu können. Nach den Erkenntnissen der Klimaforschung kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn die globalen Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts gegen Null gehen.

Die Klimakonferenz hat die Länder aufgerufen, den eigenen Beitrag zum Klimaschutz selbst festzulegen. Damit die Konferenz ein Erfolg wird, sei es jedoch nötig, eine gemeinsame Verpflichtung zu erarbeiten, sagen Experten. Nur durch ein Miteinander können Anreize entstehen, selbst zu handeln und mit effizienten Beiträgen zum neuen Abkommen beizutragen.

Das 1997 beschlossene und erst 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll kannte auch gemeinsame Verpflichtungen. Doch zu viele Staaten u.a. die USA und China haben es nie unterzeich-



Foto: Pixabay

Flutereignisse machen noch keinen Klimawandel aber die Häufung oder eine Steigerung ihrer Intensität über einen gewissen Zeitraum kann ein Symptom des Klimawandels sein

net. Das Protokoll sieht vor, den jährlichen CO₂-Ausstoß der Industrieländer um 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren.

Vor kurzem sind in Bonn die Vorverhandlungen zum Klimagipfel in Paris zu Ende gegangen. „Die internationale Gemeinschaft muss in Paris alles tun, um den globalen Temperaturanstieg unter 1,5 Grad zu begrenzen. Nur wenn alle Staaten möglichst schnell und bis spätestens 2050 aus Kohle, Öl und Gas aussteigen, wird der Vertrag einen Beitrag zur Verhinderung der schlimmsten Folgen des Klimawandels leisten können.

Diese zentralen Voraussetzungen sind aber noch keinesfalls in trockenen Tüchern. Der Entwurf gleicht bisher eher einem Gemischtwarenladen als einem wirksamen völkerrechtlichen Vertrag“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Im Pariser Vertrag müssen Überprüfungsmechanismen verankert werden, damit die Staaten ihre schwachen Klimaschutzpläne ambitionierter und fairer gestalten. Es muss sichergestellt werden, dass Länder, die den Klimawandel verursacht haben, ihre Emissionen am schnellsten reduzieren. Dass Länder mit Klimaschäden finanziell und logistisch unterstützt werden, muss vertraglich zugesichert werden. Dazu haben sich die Industrieländer in Bonn nicht verpflichtet. Gerechtfertigt sieht anders aus“, kritisierte der BUND-Vorsitzende. Die radikale Absenkung vor allem des Kohlendioxidausstoßes wird international auch als „deep decarbonization“ bezeichnet. Sie bedeutet vor allem eine tiefgreifende Veränderung der Energiesysteme und dies bereits bis Mitte des Jahrhunderts. Das Wuppertal

Institut für Klima, Umwelt, Energie zeigt in seiner Länderstudie für Deutschland auf, wie dies gelingen kann: Umfassende Erhöhung der Energieeffizienz, d. h. sinkender Energieverbrauch bei gleichbleibendem Nutzen, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen (insbesondere erhöhte Stromproduktion aus Wind- und Solarenergie), weitgehende Elektrifizierung von Prozessen (z. B. strombasierte Wärmeversorgung, Elektrofahrzeuge) und mittel- bis langfristig die Nutzung synthetischer Gase und Treibstoffe, die auf Basis erneuerbarer Energien erzeugt werden. Die erfolgreiche Umsetzung der Treibhausgasmindeststrategien ist kein Selbstläufer, sondern mit erheblichen Herausforderungen verbunden, die Politik und Gesellschaft gemeinsam meistern müssen. „Ohne geeignete politische, institutionelle, kulturelle und soziale Rahmenbedingungen ist eine Dekarbonisierung nicht möglich“, betont Prof. Dr. Manfred Fischechick, Projektleiter und Vizepräsident des Wuppertal Instituts. (WUZ)

Einkommensteuer 2014

Fristverlängerung bis 31.12 erreichen!

MIT UNSERER HILFE KÖNNEN SIE DIE FRIST VERLÄNGERN. ANRUF GENÜGT!

040 - 644 2770

www.tax21.de
Farmsener Landstr. 54
22359 Hamburg-Volksdorf

Schröder & Partner

Steuerberatung · Unternehmensberatung

■ Greenpeace Studie:

100 Prozent erneuerbare Energien ab 2050 ist möglich

Die globale Energieversorgung bis 2050 vollständig auf Erneuerbare umzustellen ist möglich. Vor der UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris zeigt dies die neue Greenpeace-Studie Energy Revolution, die zusammen mit dem Institut für Technische Thermodynamik - Systemanalyse und Technikbewertung des Deutschen Luft- und Raumfahrt Zentrums (DLR) erarbeitet wurde.



Foto: Pixabay

Windkraftanlagen: Viel zu oft stehen sie still, weil der Strom nicht abgerufen wird

Die darin durchgerechnete Umstellung kann zudem den CO₂-Ausstoß so weit senken, dass der Temperaturanstieg unter der kritischen Grenze von 2 Grad bleibt. „Die Erneuerbaren Energien sind inzwischen erwachsen und können mit klimaschädlichen Kohlekraftwerken und riskanten Atommeilern konkurrieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kohle- und Atomlobbyisten Regierungen daran hindern, jetzt rasch den Weg in eine saubere, sichere und wirtschaftliche Energiezukunft zu gehen“, so Sven Teske, Greenpeace-Energieexperte und Hauptautor der Studie. Im Jahr 2013 steuerten die Erneuerbaren bereits knapp ein

Fünftel zum globalen Energiemix bei. Laut Studie erfordert eine globale Energiewende bis 2050 jährliche Investitionen von durchschnittlich etwa einer Billion Dollar. Gleichzeitig würde die Umstellung auf Erneuerbare Energien jedoch Brennstoffkosten in Höhe von 1,07 Billionen Dollar pro Jahr einsparen. Der kostenneutrale Umbau des weltweiten Energiesystems kann zudem weltweit 20 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen. Während die Zahl der Beschäftigten der globalen Energiebranche ohne beschleunigte Energiewende bis zum Jahr 2030 leicht

auf 28 Millionen sinkt, würde die Branche bei einer Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare im gleichen Jahr 48 Millionen Menschen Arbeit geben.

Als Mutterland der Energiewende kann Deutschland besonders von einer beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren profitieren. Schon heute beschäftigt die deut-

sche Windindustrie rund 138.000 Menschen. „Folgt die Welt dem Energy-Revolution-Szenario, wird sich der globale Windenergiemarkt bis 2030 vervierfachen. Für Deutschland ist die nationale und die globale Energiewende eine Riesen-Chance“, so Teske. (WUZ)

Kurs zum Klimawandel

Klimawandel hat es immer gegeben, heißt es. Was ist also so besonders an der gegenwärtigen globalen Erwärmung? Warum ist es wichtig, in Paris einen Weltklimavertrag auf den Weg zu bringen und zu versuchen den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen? – Eine kleine Reise um die Welt veranschaulicht, wie unterschiedlich Menschen und Natur vom aktuellen Wandel betroffen sind. Kurze Ausschnitte aus Dokumentarfilmen ergänzen den anschaulichen Vortrag. Es gibt Exkurse über das Klimasystem, die Klimageschichte und einen

Ausblick auf die mögliche Zukunft.

Seit kurzem bietet die VHS-Ost mit dem Gut Karlshöhe Kurse und Veranstaltungen zum Thema Klima, Energie und Umwelt an. Der VHS-Kurs Klimawandel - von Menschen, Gletschern, Wüsten und Küsten findet am Dienstag, **24. November** um 18 Uhr auf Gut Karlshöhe, Karlshöhe 60d in Bramfeld statt. Die Leitung hat Michael Liebert (Klimareferent auf Gut Karlshöhe). Anmeldung bei der VHS-Ost, Kursnummer 3200ROF05, Tel.: 428 853-0. (WUZ)



Schön lange schön

Weil alle unsere Weihnachtssterne aus eigener Anzucht (ohne chemische Schädlingsbekämpfung!) stammen, können wir für ihre Qualität und lange Haltbarkeit garantieren.

Ein gutes Gefühl, wenn man sich oder anderen eine Freude machen will.



Adventsausstellung
19. bis 22. November

Gärtnerei
Pieperreit
Pflanzen neu erleben.

■ NABU und BUND mit unterschiedlichen Meinungen

Olympia in Hamburg – Chance oder zu viele Risiken?

Wer sich über die Argumente pro oder kontra Olympia in Hamburg informieren will, hat es schwer. Leicht zu finden sind die Argumente der Gegner. Sie trommeln schon seit Monaten gegen das Großevent. Doch was ist mit den Argumenten pro Olympia?

Ebenfalls seit Monaten werden die Hamburger vor allem mit Feuer und Flamme-Zeichen umworben. Sportvereine sind Feuer und Flamme, mit Personen wird geworben, die Feuer und Flamme sind, auch viele Unternehmen sind für Olympia und haben vor allem finanzielle Vorteile von den Spielen in der Hansestadt. Andere eint der Enthusiasmus für den Sport. Richtige Argumente die erklären, warum Olympia für die Stadt und seine Bewohner gut sein soll fehlen.

Sportliche Großereignisse wie in Sotschi oder Brasilien haben gezeigt, dass sie auch schwerwiegende Eingriffe in die Natur und Belastungen für die lokale Bevölkerung mit sich bringen können, dass sie zu teuer und zu undurchsichtig sind. Immer mehr Menschen wehren sich gegen diesen Gigantomanius. Zuletzt hatten die Münchener und Osloer Olympische Winterspiele in ihrer Stadt abgelehnt u.a. mit dem Argument: Nicht die Städte müssten sich dem IOC anpassen, sondern umgekehrt.

„Eine erfolgreiche Bewerbung gäbe unserer Stadt einen enormen Entwicklungsschub: Sport- und Stadtentwicklung...würden davon bis weit in die Mitte des 21. Jahrhunderts profitieren. Dieser Schub muss genutzt werden – der Stadt als Ganzes eröffnet die Bewerbung die Chance, sich in allen Bereichen zu entwickeln und an Lebensqualität, ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftskraft, Internationalität und Bekanntheit zu gewinnen“, heißt es in der Senatsmitteilung vom 16. Juni. (DRS 21/795)



Foto: Pixabay

Olympia 2012 in London als Vorbild für Hamburg?

Der Hamburger Senat will Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz zu einem zentralen Baustein seiner Konzeption machen. Aufbauend auf dem von London 2012 gesetzten Standard sollen Olympische Spiele, klimaneutral sein. Gerade weil sie im Hafen stattfinden, wird in der Vorbereitung der Spiele eine deutliche Reduktion der Schadstoff-Emissionen im Hafen verfolgt. Ein effizientes und umweltverträgliches Verkehrskonzept ist u.a. ebenso im Blick wie der Lärmschutz. Für den Bau des olympischen Zentrums werden keine sensiblen Landschaftsräume in Anspruch genommen. Im Gegenteil: Aus schlecht genutzten Hafenflächen – am kleinen Grasbrook werden vor allem Autos verschifft - wird ein neuer Stadtteil.

Der BUND Hamburg spricht sich für ein „nein“ bei der Abstimmung aus weil u.a. die viel beschworene Katalysatorwirkung der Olympischen Spiele für eine nachhaltige Stadtentwicklung in wichtigen Punkten nicht belegt sei. Viele der versprochenen Konzepte seien heute schon Standard oder sind Beschlusslage im rot-grünen Koalitionsvertrag. Dagegen will der NABU Hamburg

keine Empfehlung zum Olympia-Referendum abgeben. Er erkennt in der Olympia-Bewerbung sowohl Chancen als auch Risiken und will das Bewerbungsverfahren kritisch begleiten. Daher hat der NABU zusammen mit dem Zukunftsrat, dem Senat und dem DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) eine Absichtserklärung für die Durchführung nachhaltiger Olympischer Spiele in Hamburg 2024 unterschrieben. Alexander Porschke, NABU-Vorsitzender: „Mit der am 20. Oktober mit Senat und DOSB geschlossenen Vereinbarung haben wir eine wichtige Zusage, die es uns ermöglicht, noch vorhandene Defizite nicht nur zu benennen, sondern wirkungsvoll zu ihrer Beseitigung beizutragen. Wir können konkrete, messbare Ziele einfordern und haben mit der ‚Kommission nachhaltiges Hamburg‘ eine Institution zugestanden bekommen, die mit ausreichenden Ressourcen, Informations- und Zugangsrechten die Umsetzung dieser Ziele verfolgen kann.“

Der Zukunftsrat sieht das ähnlich: Aus seiner Sicht kann Olympia nie nachhaltig sein. Deutschland und Hamburg verfügen mit ih-

rer finanziellen Ausstattung, den Sozialstandards und dem technologischen Niveau mehr als viele andere Städte und Länder über die Voraussetzungen, die Einbußen an Nachhaltigkeit durch Olympische Spiele so gering wie möglich zu halten. In einem Positionspapier hat er seine Bedingungen für ein „Ja“ aufgezeigt. U.a. fordert er ein ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept für alle drei Säulen (Umwelt, Soziales, Wirtschaft) das sowohl gegen konträre Lobbyinteressen als auch gegenüber dem IOC durchzusetzen ist. Der Zukunftsrat fordert außerdem eine bessere Information der Bürger. Die bisherige Internet-Plattform „www.hamburg.de/Spiele-fuer-Hamburg“ erfülle die Kriterien bisher nicht. Mehr Infos: www.zukunftsrat.de. Angesichts der Unsicherheiten und großen Risiken sind für den Zukunftsrat gegenwärtig die Bedingungen für ein „Ja“ nicht erfüllt. Er anerkennt allerdings die Potenziale von Olympischen und Paralympischen Spiele für die Imagebildung Hamburgs, die Identifikation der Hamburger und Anstöße für eine nachhaltige Stadtentwicklung. (WUZ)

■ Neues NSG in Volksdorf geplant Wertvolle Feuchtwiesen

Als Ausgleich für den Flüchtlingswohnungsbau in der Hummelsbüttler Feldmark will die Umweltbehörde eine neues Naturschutzgebiet (NSG) in Volksdorfs Osten schaffen.

Bei dem 36 Hektar großen zukünftigen Naturschutzgebiet Volksdorfer Grünland handelt es sich um eine Mischung aus wertvollen Nass- und Feuchtwiesen sowie Laubwäldern, direkt angrenzend an das Naturschutzgebiet „Heidkoppelmoor und Umgebung“ in Schleswig Holstein. Eine Besonderheit ist hier eine hamburgische Exklave mit einer Feuchtwiese inmitten des schleswig-holsteinischen Schutzgebiete-

ben wird. Zudem wird geprüft, ob ein Teil davon mit noch anspruchsvolleren Standards gebaut wird.“

Mit der Vorbereitung der Unterschutzstellung wird im nächsten Jahr begonnen. Die exakten Abmessungen der Gebiete ergeben sich aus der Prüfung. Ein Zeitplan, wann die Gebiete eingeweiht werden, ergibt sich ebenfalls aus der Prüfung. Das neue NSG Volksdorfer Grünland soll sich nach ersten Plänen von der Siedlung Rittmeisterkoppel bis zum Duvenwischen und Langenwiesen erstrecken.

„Die neuen Naturschutzgebiete haben offensichtlich nur eine Alibifunktion, um von der



Grafik: Umweltbehörde

Lage des neuen Naturschutzgebietes in Volksdorfs Osten

tes. Umweltsenator Jens Kerstan: „Der Senat hat beschlossen, 5.600 neue Wohnungen für Flüchtlinge zu bauen, manche davon in Landschaftsschutzgebieten. Gleichzeitig hat der Senat beschlossen, dass Hamburg drei neue Naturschutzgebiete bekommen soll. Die drei Gebiete in Volksdorf, Harburg und Allermöhe wird die Umweltbehörde jetzt konkret prüfen und für die Ausweisung vorbereiten. Während andere Bundesländer beim Bau neuer Wohnungen und Unterkünfte die energetischen Standards absenken, gehen wir einen anderen Weg: Die Wohnungen entstehen im aktuellen Standard, der durch die Hamburger Klimaschutzverordnung vorgeschrie-

geplanten Bebauung in vielen Grünachsen und Landschaftsschutzgebieten abzulenken. Angesichts mehrerer schutzwürdiger Gebiete im Alstertal und den Walddörfern muss der Senat erklären, wie er jetzt auf die Volksdorfer Wiesen kommt“, fragt sich Thilo Kleibauer, CDU Bürgerschaftsabgeordneter. Wie aus einer Anfrage Kleibauers hervorgeht, befinden sich unter den zurzeit geprüften Flächen solche mit Wertstufen von fünf bis acht. Das ist das größte zusammenhängende Gebiet mit dieser hohen Wertigkeit im Wahlkreis Alstertal/Walddörfer, das noch nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist. (du)

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de

Bunker im Berner Wald für Fledermäuse geeignet?

Vor einem Jahr berichtete die WUZ über die Idee von Heinz-Werner Steckhan vom NABU, einen alten Bunker auf dem Gelände der Grundschule Bergstedt für Fledermäuse zugänglich zu machen. Der Vorschlag traf bei den GRÜNEN auf offenen Ohren, die daraus einen Antrag im Regionalaussschuss Walddörfer machten. Inzwischen gibt es eine Antwort der Finanz- und der Schulbehörde. Beide Ämter haben keine Bedenken, solange der Schul- und Kitabetrieb nicht gestört wird und die Maßnahme in Zusammenarbeit mit beiden Einrichtungen erfolgt. Da der Schulstandort saniert bzw. durch einen Neubau erweitert wird, muss geprüft werden, ob die Einrichtung eines Fledermausquartiers im Hinblick auf den Tierschutz erst nach Fertigstellung der geplanten Baumaßnahmen erfolgen kann.

Nun gibt eine eine ähnliche Idee für drei Bunker im Berner Wald. Die Bunker aus dem 2. Weltkrieg sind unter Bäumen verborgen und ragen etwa zwei Meter aus dem Boden. Da die Eingänge vermauert sind, gibt es keine Erkenntnisse

über den Zustand im Innern. Vom Botanischen Verein kam daher die Anregung, dass geprüft werden solle, ob einer oder mehrere der Bunker als Winterquartier für Fledermäuse geeignet sind und welche baulichen Veränderungen erforderlich wären. GRÜNE und SPD haben daher im Umweltausschuss den Antrag gestellt, wie in Bergstedt auch die Bunker im Berner Wald einer Prüfung zu unterziehen.

In Deutschland sind 25 Fledermausarten heimisch, in Hamburg gibt es noch 14, die fast alle auf der Roten Liste vom Aussterben bedrohter Tiere stehen. Im Nordosten Hamburgs kommen vor allem Großer Abendsegler, Wasserfledermaus, Zwergfledermaus und Breitflügel-fledermaus vor. In den 60er Jahren setzte ein dramatischer Rückgang bei fast allen Fledermausarten ein. Nahrungsmangel und Quartierverluste waren die wichtigsten Ursachen für den Rückgang. Die Schaffung – vor allem von frostfreien und feuchten - Winterquartieren ist eine wichtige Aufgabe zum Schutz der Tiere. (du)

Hochwertig, natürlich, zeitlos schön:

So wollen wir leben

Mit ehrlichen Baustoffen aus der Natur

Alles für den wohngesunden Innenausbau finden Sie in unserem umfangreichen Fachhandels-Sortiment.

Mordhorst
BAUBIOLOGISCHER FACHHANDEL

H. J. Mordhorst KG Baubiologischer Fachhandel · Papenreye 8 · 22453 Hamburg
Ruf 040 5 70 07 06 · baubio@mordhorst-hamburg.de · www.mordhorst-hamburg.de

■ Vogel des Jahres 2016

Der Stieglitz braucht Brachflächen und Wildblumen

Die Intensivierung der Landwirtschaft und die Bebauung von Brachflächen rauben dem Stieglitz die Nahrungs- und Lebensgrundlagen. Mit seiner Wahl zum Vogel des Jahres 2016 wollen der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und sein bayerischer Partner, der Landesbund für Vogelschutz (LBV) den Strukturverlust in unserer Kulturlandschaft ins Blickfeld rücken.

Der auch Distelfink genannte Stieglitz gehört zu den Finkenvögeln und ist sowohl Mitglied als auch Namensgeber der Gattung *Carduelis*, zu Deutsch „die Stieglitzartigen“. Zur heimischen Verwandtschaft gehören Zeisige, Hänflinge und Grünfinken. Der Stieglitz trägt ein auffällig farbenfrohes Gefieder und gehört zu den buntesten Singvögeln. Auf dem ansonsten weiß und schwarz gefärbten Kopf leuchtet eine rote Gesichtsmaske. Auffällig ist auch das laute Zwitschern. Diesem „Stiglit“ verdankt der Stieglitz seinen deutschen Namen. Vor allem im Spätsommer und Herbst ist der Stieglitz oft auf Disteln, Kletten und Karden anzutreffen, aus denen er geschickt die Samen herauspickt. Dieser Vorliebe verdankt er auch den Zweitnamen Distelfink.

Bunte Landschaften mit ausreichend Gräsern, Wildblumen und Bäumen gibt es jedoch immer weniger, daher ist der Bestand des Stieglitzes in Deutschland in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. „Allein in der Agrarlandschaft sind seit 1994 fast 90 Prozent aller Brachflächen mit ihrer heimischen Artenvielfalt verloren gegangen“ weiß NABU-Vizepräsident Helmut Opitz. Auch Randstreifen mit Blumen und Wildkräutern an Feldern und Wegen werden immer weniger und artenärmer. Felder werden zusammengelegt, mehr und mehr kleine bäuerliche



Foto: NABU/Andreas Hartl

Im Winter ernährt sich der Stieglitz meist von den Samen hochwüchsiger Stauden, die aus der Schneedecke herausragen

Betriebe verschwinden. Damit geht auch der Bestand an Hochstamm-Obstbäumen und artenreichen Blumenwiesen zurück. Knapp 60 Prozent der Stieglitze leben inzwischen im Siedlungsraum, nur noch 40 Prozent in der Agrarlandschaft. Dörfer und Städte sind daher wichtige Rückzugsräume. „Aber auch im Siedlungsraum verschwinden wildblumenreiche Brachflächen und öffentliches und privates Grün wird zu intensiv gepflegt, Wildkrautvielfalt gar weggespritzt. Für unseren Jahresvogel wird es in Deutschland inzwischen eng“, so Opitz.

Es gebe viele Möglichkeiten, den Lebensraum des farbenfrohen Finken zu erhalten. Schon kleine unbelassene Ecken in Gärten, an Sport- und Spielplätzen, Schulen, Ackerflächen oder Straßenrändern, trügen dazu bei. Stieglitze brüten meist in den Astgabeln von Baumkronen oder in hohen Sträuchern. „Das Anlegen von Blühflächen mit heimischen Wildkräutern, Obstbäume, Sträucher und der Verzicht auf Pestizide helfen dem zierlichen Finken und bieten ihm Nahrung und Nistmöglichkeiten“, weiß Marco Sommerfeld, Referent für Vogelschutz beim NABU Ham-

burg. Und: wer im Garten die abgeblühten Stauden mit ihren Samenständen stehen lässt, hilft dabei nicht nur dem Stieglitz. Speziell im Winter nutzen die geselligen Stieglitze verschiedene Brachflächen, die sie regelmäßig anfliegen. Diese können auch viele Kilometer voneinander entfernt liegen. Auch Erlen-, Birken- oder Kiefernbestände sind beliebte Ziele während der Nahrungssuche. Wenn die Futterpflanzen vollständig zugeschnitten sind, ziehen Stieglitze in wärmere Regionen ab oder bedienen sich an Futterhäuschen. Dann sind sie auch gut im

Garten oder auf dem Balkon zu beobachten.

Gleichzeitig mit der Verkündung des „Vogel des Jahres“ starten der NABU und der LBV die Aktion „Bunte Meter für Deutschland“. Ziel ist es, möglichst viele Meter wildkrautreicher Grünflächen als neue Lebensräume für den Stieglitz und andere Singvögel zu schaffen. In Hamburg berät der NABU außerdem Firmen, die ihr Betriebsgelände naturnah gestalten wollen. Weitere Infos unter www.nabu-hamburg.de/unternehmensnatur oder www.NABU.de/buntemeter. (WUZ)

**doku
film
front**

DER ENGAGIERTE DOKUMENTARFILM
IM KORALLE KINO IN VOLKSDORF
VORGESTELLT VOM AGENDA 21-BÜRO
VOLKSDORF, S. STOCKHECKE
JEWEILS UM 19:45 UHR

Der Arbeitskreis Weiße Rose zeigt:

7.11. Bonhoeffer - Die letzte Stufe.

Anschl. Gespräch, Einführung Anje Graßhoff

8.11. Elser - Er hätte die Welt verändert.

Anschl. Gespräch, Einführung Anje Graßhoff

Zum Thema: Was ist eigentlich Kunst?

7.11. Camille Claudel

8.11. Frida Carlo

13.11. Zeige deine Wunde

Kunst und Spiritualität bei Joseph Beuys